

► **Nr. VO/2022/10863-01**
öffentlich

Lübeck, 01.03.2022

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der SPD Fraktion

Bearbeitung: Thorsten Philipps (E-Mail: Thorsten.Philipps@luebeck.de Telefon: 122-1035)

**ÄA zu VO10863: Einrichtung eines Lübecker Krisendienstes
AM Aydin Candan (SPD), Dr. Carsten Grohmann (CDU), Gregor
Voht (Freie Wähler):**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
01.03.2022	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, bis zum Juli 2022 im Sozialausschuss über das Kriseninterventionsangebot für Menschen in akuten psychischen Krisen in der Hansestadt Lübeck zu berichten. Bei der Berichterstattung sollen auch Angebote, die in der Verantwortung des Landes Schleswig-Holsteins (z.B. UKSH) und anderen Trägern, die psychiatrische Krisenintervention anbieten (z.B. Ameos Klinikum, Vorwerker Diakonie), berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister wird zudem gebeten zu prüfen, ob es Verbesserungsbedarfe in der Versorgung von Menschen in akuten psychischen Krisen in Lübeck gibt, inwieweit dies in die Zuständigkeit der Hansestadt Lübeck oder des Landes Schleswig-Holsteins fällt und, falls ein Optimierungsbedarf besteht, Versorgungsmodelle, z.B. ähnlich des "Berliner Kriseninterventionsdienstes" oder anderer deutscher Städte aufgebaut werden sollte.

Begründung:

Uns ist es wichtig für Menschen in akuten psychischen Krisen in Lübeck ein gutes Unterstützungsangebot vorzuhalten. Schnelle, einfach zugängliche und möglichst rund um die Uhr erreichbare Unterstützungsangebote sind in akuten psychischen Krisen für die betroffenen Menschen und deren Angehörigen von besonderer Bedeutung. Der hier angeforderte Bericht soll die aktuelle Situation in Lübeck, in Ergänzung zu dem in 2017 vorgelegtem Psychiatriebericht und der darauf bezogenen Handlungsempfehlungen, beschreiben und die Optimierungsbedarfe benennen. (nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Anlagen:

Ausschussmitglied